

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(66. - öffentliche - Sitzung am 13. Oktober 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Klimagesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7499](#)

Der - federführende - Ausschuss setzt die Beratung mit der Vorstellung eines Änderungsvorschlags der CDU-Fraktion (Vorlage 1) sowie auf der Grundlage der Vorlage 5 des GBD fort. Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihn zu dem Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion als Grundlage für den zweiten Beratungsdurchgang schriftlich zu unterrichten und schließt dann den ersten Beratungsdurchgang ab.

Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen sowie vorbehaltlich der Stellungnahmen der Ausschüsse für Inneres und Sport sowie für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 5 des GBD zuzüglich einiger in der Sitzung beschlossener Änderungen anzunehmen.

2. **Potenzial von Speichern und Sektorenkopplung bei der Energiewende ausschöpfen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7477](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Pilotprojekt zur Verwertung von Baggergut der Ems auf landwirtschaftlichen Flächen**

Der Ausschuss setzt diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der Ausschuss schließt die Mitberatung des Einzelplans 15 - Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz - unter Einbeziehung der MiPla 2025 bis 2029 ab.

5. **Unterrichtungsbitte der CDU zu Fragen zum Wiesenvogelschutz am Beispiel des EU-Vogelschutzgebiets V 64 „Marschen am Jadebusen“**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU vom 29. September 2025 zu und bittet die Landesregierung um Unterrichtung.